

Haushaltsrede 2023-2024 DIE LINKE

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Dezernentin und Dezernenten,
Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Den Vortrag über den Doppelhaushalt 2023/24 und die Haushaltsanträge von DIE LINKE möchte ich in drei Teile gliedern:

1. Grundsätzliches zum Haushalt
2. Armut und Soziales
3. Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten

1 Grundsätzliches zum Haushalt

Es fällt auf, dass wir sehr spät über den Haushalt der Jahre 2023/24 sprechen. Wenn wir den Haushalt beschließen, wird schon über die Hälfte des ersten Jahres vorbei sein. Begründet wurde dieser späte Ablauf mit den OB-Wahlen. Aber wird er damit tatsächlich gerechtfertigt?

Im letzten Doppelhaushalt spielte die Corona-Krise noch eine große Rolle. Diese ist heute zurückgedrängt, dafür stellen uns die Auswirkungen des Ukraine-Krieges vor neuen Herausforderungen. Für uns als LINKE war und ist immer selbstverständlich, dass wir uns für *alle* Menschen auf der Flucht einsetzen.

Die Haushaltssatzung sieht für das Jahr 2023 Kreditaufnahmen in Höhe von 55,2 Mio. EUR und für 2024 von 63,8 Mio. EUR vor. Dies liegt deutlich über dem vor Jahren beschlossenen Höchstbetrag für die maximale Schuldenaufnahme von 20 Mio. EUR. Wenn aber bedacht wird, dass z.B. immer noch zu wenig für Schulsanierungen getan wird und bisher nicht einmal die Toiletten in einen guten Zustand gebracht werden konnten, gibt es Argumente für das Überschreiten dieser Grenze. Auch für Soziales, Kinder, Jugendliche und Senioren muss mehr getan werden. Durch die notwendige Schaffung von mehr Stellen in der Verwaltung und die Berücksichtigung erfreulich guter Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst steigen die Personalausgaben. Hohe Ausgaben leistet sich die Stadt für Kultur. Wichtig ist die jährliche Erhöhung des Eigenkapitals der Stadtwerke um 18 Mio. EUR in jedem Jahr aus städtischen Mitteln. Dies ist notwendig, damit unsere Stadtwerke Investitionen in den weitgehend flächendeckenden Ausbau der Fernwärmeversorgung und für den nahezu vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien bis 2030 vollziehen kann. Dazu wird diese EK-Zufuhr aber bei Weitem nicht ausreichend sein. Es braucht hierzu auch deutlich mehr Unterstützung vom Bund und vom Land.

Angesichts der zunehmenden Verschuldung und der großen Herausforderungen der Stadt muss auch über eine Verbesserung der Einnahmesituation nachgedacht werden. Wir schlagen daher als LINKE-Fraktion eine moderate Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer um 10 Punkte auf 410% vor. Dies führt zu zusätzlichen Einnahmen von 3,5 Mio. EUR pro Jahr. In 6 von 8 Stadtkreisen von Baden-Württemberg wird dann der Hebesatz der Gewerbesteuer immer noch zum Teil deutlich über dem Wert von Heidelberg liegen. In Mannheim liegt dieser bei 416%, in Pforzheim bei 440%, in Karlsruhe und Baden-Baden bei 490% in Stuttgart bei 520% und in Freiburg sogar bei 600%.

Wichtige Anträge von unserer Fraktion sind:

- Schulsozialarbeit auf 100 % an allen Schulen aufstocken
- städtische Stipendien für Menschen, die sich zu Erzieher*innen ausbilden und an Stadt binden
- Frauennotruf HD – Aufstockung institutionelle Förderung und Stellenaufstockung (1/4-Stelle Prävention; ½-Stelle Fortbildung)
- Lotsen-Stellen schaffen für Menschen mit Behinderungen auf Heidelberger Großveranstaltungen
- temporäres Zelt im Sommer für Kinderprogramm des Kinder- und Jugendcircus Peperoni e.V.
- Verbesserung der institutionellen Förderung Literaturnetz
- Aufstockung der Mittel im Hip-Hop-Forum
- Durchführung eines Fachtags zum Thema graue Energie, damit graue Energie in der Stadtplanung und im Klimaschutzaktionsplan Berücksichtigung findet

2 Armut und Soziales

Seit mehr als 10 Jahren kämpfen wir als LINKE in Heidelberg für ein Sozialticket im ÖPNV sowie perspektivisch für einen fahrscheinlosen ÖPNV. Deswegen haben wir auch im letzten Jahr die Einführung des 3-EUR-Tickets begrüßt und wir freuen uns, dass Mittel hierfür in den Haushalt eingestellt wurden. Durch die Einführung dieses Tickets hat sich die Nutzerzahl im ÖPNV deutlich erhöht. Trotzdem ist es Tatsache, dass ein hoher Anteil der Bezugsberechtigten noch nicht den HD-Pass hat und diese Vergünstigungen nicht nutzt. Wir reichen daher einen Antrag ein, um den HD-Pass durch eine Imagekampagne noch bekannter zu machen.

In der Stadtverwaltung muss prekäre Beschäftigung weiter zurückgedrängt werden. Es kann nicht sein, dass über Leiharbeitsfirmen eingestellte Reinigungskräfte nur den Mindestlohn erhalten und nach der Höchstüberlassungsdauer ihren Job verlieren. Dann werden sie nach einigen Monaten wieder eingestellt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Mitarbeiter direkt bei der Stadt beschäftigt werden.

Weiterhin reichen wir einen Antrag für die Erstellung eines Konzeptes für „Housing First“ bis Ende 2023 ein. Menschen in Wohnungslosigkeit bzw. Obdachlosigkeit haben oft mit verschiedenen Problemen zu kämpfen. Es besteht eine Fürsorgepflicht der Stadt. Diese Menschen sollten vorrangig mit Wohnraum versorgt und hierfür entsprechende Kontingente zur Verfügung gestellt werden.

3 Wohnungsmarkt und bezahlbare Mieten

Lt. aktueller auf Befragungen zu Beginn dieses Jahres basierender Heidelberg-Studie ist das Thema für 30% der Heidelbergerinnen und Heidelberger das wichtigste Problem in Heidelberg. Auf die Frage „Wenn es um die Zukunft der kommenden Generationen geht: Auf welchen Bereich sollte die Stadt Heidelberg besonders Wert legen?“ antworten 28% mit der Schaffung von Wohnraum. Das Thema liegt damit an erster Stelle. Trotzdem findet es sich kaum im Haushalt wieder. Wir werden daher als LINKE-Fraktion einige Anträge zur Wohnungspolitik einreichen, damit sich das ändert.

Vor über zwei Jahren schlug meine Kollegin Sahra Mirow in ihrer Haushaltsrede zum Haushalt 2021/22 die Schaffung einer Stabsstelle für bezahlbares Wohnen im OB-Referat vor. Dieser Vorschlag wird jetzt umgesetzt. Die Stelle wird geschaffen zwar nicht direkt im OB-Referat aber ihm unterstellten Kämmereiamt. Dort werden die Aktivitäten für bezahlbares Wohnen gebündelt.

Wir schlagen eine zusätzliche Stelle für eine bessere Unterstützung und Koordination selbstverwalteter Wohnprojekte vor.

Wichtig für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist eine aktive Bodenpolitik der Stadt. Der Gemeinderatsbeschluss, dass grundsätzlich kein Verkauf sondern eine Vergabe in Erbbaurecht erfolgt, muss umgesetzt werden. Durch eine aktive Grundstückspolitik kann langfristig der städtische Besitz an Wohnungen deutlich erhöht und Wohnprojekten Grund und Boden preisgünstig zur Verfügung gestellt werden. Bisher wurden im Doppelhaushalt für die Jahre 2023/24 nur jeweils 6 Mio. EUR als Ausgaben für den Grunderwerb vorgesehen. Der gleiche Betrag ist auch für die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen vorgesehen. Wir setzen uns für eine Aufstockung des Grundstücksfonds um 2 Mio. EUR im Jahr 2023 und um 3,5 Mio. EUR. Im Jahre 2024. Damit wäre eine strategische und aktive Bodenpolitik umsetzbar.

Dies gilt auch für das PHV.

Uns ist es als LINKE-Fraktion wichtig, dass die Entwicklung des PHV in diesem Jahr beginnt. Neben der Bima sollten neben den Wohnprojekten auch das Studierendenwerk zum Zuge kommen und Objekte entwickeln. Gemeinnützige Bauträger wie z.B. die GGH sollten den absoluten Vorrang vor auf Gewinnmaximierung orientierte Privatinvestoren haben. So kann dringen benötigter Wohnraum zur Verfügung gestellt werden.

Vielen Dank!